

## **Aufruf Ostermarsch 2021 – Bundesdeutsche und europäische Kampfdrohnen**

Liebe Friedensbewegte,

die erfolgreiche Verhinderung der Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen im Dezember letztes Jahres war ein Hoffnungszeichen, das die Durchsetzungsfähigkeit der Friedensbewegung bezeugt.

In den Ostermärschen wollen wir diesen Erfolg zelebrieren und gleichzeitig dazu aufrufen, weiterhin an diesem Thema zu bleiben, weil die Bundesregierung immer noch an riesigen Rüstungsplänen mit bewaffneten Drohnen und autonomen Waffensystemen festhält, die wir verhindern müssen.

(Siehe: <https://www.ipnw.de/presse/artikel/de/drei-milliarden-fuer-die-eurodrohne.html>)

Die Entscheidung in Dezember gegen die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr wurde weltweit beachtet. Unser Erfolg hiermit in Deutschland ist einmalig unter den EU- und NATO-Mitgliedstaaten und wurde scharf durch die NATO-Spitze kritisiert:

(Siehe: <https://www.rnd.de/politik/stoltenberg-fur-bewaffnung-deutscher-drohnen-schutzt-soldatenleben-LT4C55WH5UOV75ELJFHWFOEA6A.html>)

Durch einen Stopp der Bewaffnung von Drohnen sind wir in der deutschen Friedensbewegung nun gut positioniert, die dringend notwendigen internationalen diplomatischen Verhandlungen anzuregen, um die rasche Ausbreitung von bewaffneten Drohnen und autonomen Waffensystemen der letzten Jahre unter internationale Kontrolle zu bringen.

(Siehe: <https://thebulletin.org/2020/12/we-need-a-new-international-agreement-to-control-drone-proliferation/>)

In der Kampfdrohnen-Frage spielt Deutschland friedenspolitisch weltweit eine führende Rolle. Jedoch müssen wir u. a. weitere Abgeordnete im Bundestag überzeugen, nicht in das Rennen um die Killer-Drohnen-Beschaffung einzusteigen und stattdessen einen neuen Weg einzuschlagen, um solche Waffensysteme international unter Kontrolle zu bringen und letztendlich zu ächten.

Wir kritisieren deswegen die Pläne der Bundesregierung und der Großen Koalition, die nächste Entwicklungsphase der Eurodrohne zu finanzieren, die möglicherweise schon am 14. April beschlossen werden könnte. (Siehe weitere Infos hierzu unten.)

Auch wenn Deutschland vorerst die Eurodrohne laut der SPD nicht bewaffnen wird, ist es klar, dass die meisten Länder, die die Eurodrohnen von Airbus Deutschland kaufen werden, diese als bewaffnete Kampfdrohnen einsetzen werden. Sicherlich wird die Bundeswehr dann bald wirksam argumentieren können, dass auch die Bundeswehr-Eurodrohnen "zum Schutz der Soldat\*innen" bewaffnet werden müssen.

Die tödlichen Eurodrohnen werden vorwiegend gegen Bevölkerungen in ärmeren Gegenden und Ländern eingesetzt, die keine ausreichenden Luftschutz haben, um die Drohnen abzuschossen.

Hierdurch würde Deutschland und Europa sich durch ein hässliches Killer-Drohnen-Gesicht präsentieren, wodurch alle gute Vorsätze, eine friedliche Politik durch Diplomatie in diesen Ländern zu vertreten, stark in Frage gestellt werden könnten.

Zudem ermöglicht die Entwicklung der Eurodrohne noch schrecklichere EU-Rüstungssysteme, z. B. das deutsch-französische-spanische FCAS (Future Combat Air System), das aus neuen Kampfflugzeugen, die durch Künstliche Intelligenz ausgestattet sind, Eurodrohnen integrieren, nukleare Waffen tragen können und von tödlichen autonomen Drohnen-Schwärmen begleitet werden.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, alle Pläne zur Entwicklung, zum Einsatz und zum Export von bewaffneten Drohnen und tödlichen autonomen Waffensystemen sofort einzustellen und stattdessen die dringend notwendigen internationalen Verhandlungen in Gang zu bringen, um die rasche Ausbreitung von bewaffneten Drohnen und autonomen Waffensystemen unter Kontrolle zu bringen.

Wir hoffen, dass Ihr die bevorstehenden Entscheidungen zur Entwicklung von bewaffneten Drohnen in den Ostermärschen zum Thema macht. Wir werden kurz nach Ostern Empfehlungen für Briefkampagnen und weitere Aktivitäten machen.

## WEITERE HINTERGRÜNDE ZUM KAMPF GEGEN DIE BEWAFFNUNG VON BUNDESWEHR-DROHNEN: ABSTIMMUNG IM BUNDESTAG FÜR DIE EINWICKLUNG DER EURODRÖHNE AM 14. APRIL?

Am 23. März hatte das Finanzministerium dem Bundestag die Vorlage für die weitere Finanzierung des Eurodrohne-Projekts vorgelegt, die zur Abstimmung in den Verteidigungs- und den Haushaltsausschuss am 24. März gestellt werden sollte.

Jedoch hat das Finanzministerium von Olaf Scholz (SPD) in einem begleitenden Schreiben an die Mitglieder des Haushaltsausschuss die Vorlage des CDU-geführten Verteidigungsministeriums scharf kritisiert. Das Finanzministerium warnte vor "erheblichen Bedenken aufgrund der...Risikoverteilung und der finanziellen Risiken". (Siehe <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/euro-drohne-101.html>)

Der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss haben dann am 24. März nicht über die Eurodrohne beraten. Jedoch wird möglicherweise die Vorlage am 14. April auf die Tagesordnung der Ausschüsse gesetzt, und zwar immer noch mit der eindringliche Warnung vor einer Kostenexplosion.

Deswegen werden die SPD-Mitglieder im Haushaltsausschuss die Finanzierung möglicherweise ablehnen. Wenn der Haushaltsausschuss bereit ist, trotz dieser Bedenken die Vorlage zu bewilligen, werden die SPD-Mitglieder im Verteidigungsausschuss der Eurodrohne erstmal nur als "Aufklärungsdrohne" ohne Bewaffnung zustimmen.

### DIE DEBATTE IN DER SPD:

Ob die SPD letztendlich bereit sein wird, der Bewaffnung von Drohnen zuzustimmen, soll erst nach Beratungen einer neuen Arbeitsgruppe gegen Ende des Jahres entschieden werden. (Siehe: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/neue-fragen-spd-gruendet-projektgruppe-zu-kampfdrohnen-17248290.html>)

Im Dezember 2020 hat die SPD die Bewaffnung von den geleasten Heron TP Drohnen der Bundeswehr abgelehnt mit der Begründung, dass die grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen zum Einsatz solcher Waffensysteme noch nicht ausreichend geklärt worden sind. (Siehe: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-spd-kampfdrohne-1.5140767>)

Anfang Februar 2021 hat die SPD sich mit den Koalitionspartnern CDU/CSU geeinigt, die weitere Entwicklung der Eurodrohne, die im Koalitionsvertrag von 2018 festgeschrieben ist, zu genehmigen jedoch nur als Aufklärungsdrohne und vorerst ohne Bewaffnung. Allerdings hat die SPD hierdurch auch den Weg für die weitere Entwicklung von dem deutsch-französisches Future Combat Air System (FCAS) frei gemacht. (Siehe: <https://augengeradeaus.net/2021/02/regierungskoalition-macht-weg-frei-fuer-entwicklung-der-eurodrohne/comment-page-1/>)

### WEITERE WAHLPARTEIEN SIND JETZT ANFRAGT:

Ob die SPD sich letztendlich für oder gegen die Bewaffnung von Drohnen entscheidet, wird möglicherweise nach den bevorstehenden Bundestagswahlen nicht mehr ausschlaggebend sein.

Die Entscheidung, ob Deutschland sich weiterhin an dem Eurodrohne-Projekt oder an weiteren Kampfdrohnen oder tödlichen autonomen Waffensystemen beteiligt, wird während der Koalitionsverhandlungen der nächsten regierenden Parteien weitgehend bestimmt und in dem nächsten Koalitionsvertrag festgelegt.

Deswegen wollen wir Pläne entwickeln, so weit wie möglich die Positionen von verschiedenen Parteien in den Fragen um Kampfdrohnen und autonomen Waffensystemen informierend zu beeinflussen.

Wir wünschen Euch allen viel Erfolg und viel Freude bei Ostermärschen!

Viele Grüße  
Elsa Rassbach  
i.A. der Drohnen-Kampagne